

## **Informationen zum Datenschutz im Rahmen der digitalen Versammlungsanzeige gemäß Art. 13 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)**

Nachfolgend finden Sie die Datenschutzhinweise zur Nutzung der Antragsplattform der Stadt Idar-Oberstein für die Versammlungsanzeige.

Ihre personenbezogenen Daten werden im Rahmen der Einverständniserklärung (Einwilligung nach Art. 6 Abs. 1 a DSGVO) zur Bearbeitung der Versammlungsanzeige online erfasst und verarbeitet.

### **1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DSGVO)**

Stadtverwaltung Idar-Oberstein  
Georg-Maus-Straße 1  
55743 Idar-Oberstein  
Tel.: 06781 / 64-0  
E-Mail: [stadtverwaltung\(at\)idar-oberstein.de](mailto:stadtverwaltung(at)idar-oberstein.de)

### **2. Datenschutzbeauftragte/r (Art. 13 Abs. 1 lit. b DSGVO)**

Stadtverwaltung Idar-Oberstein  
Datenschutz  
Georg-Maus-Straße 1  
55743 Idar-Oberstein  
Tel.: 06781 / 64-1121  
E-Mail: [datenschutz\(at\)idar-oberstein.de](mailto:datenschutz(at)idar-oberstein.de)

### **3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 13 Abs. 1 lit. c. DSGVO)**

Ihre Daten werden auf Grundlage Ihrer Einwilligung gemäß Artikel 6 Abs. 1 lit. a DSGVO zur Nutzung der Antragsplattform verarbeitet. Ihre Daten werden ausschließlich für die Bearbeitung Ihres Anliegens (Versammlungsanzeige) verwendet.

Für die Nutzung der Antragsplattform kann ein Nutzerkonto zur Identifizierung und Authentifizierung verwendet werden. Dabei werden die in Ihrem Konto hinterlegten Daten verarbeitet.

- Das Nutzerkonto „bundID“ für Privatpersonen wird vom Bundesministerium des Innern und für Heimat zur Verfügung gestellt. Näheres entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung des Bundesministeriums unter <https://id.bund.de/de/datasecurity> .
- Das Nutzerkonto „Mein Unternehmenskonto“ für juristische Personen wird vom Bayerisches Staatsministerium für Digitales zur Verfügung gestellt. Näheres entnehmen Sie bitte der Datenschutzerklärung des bayerischen Staatsministeriums <https://info.mein-unternehmenskonto.de/datenschutz/> .

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass die Antragsplattform auch ohne ein Nutzerkonto genutzt werden kann.

Die Rechtsgrundlage der Anzeigepflicht einer Versammlung ergibt sich aus § 14 des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz).

Folgende Daten werden nach Kategorie verarbeitet:

Allgemeine Informationen der antragstellenden Person:

- Name und Vorname, Anschrift, E-Mail-Adresse, Telefonnummer

Anliegenbezogene Informationen:

- Angaben zum Versammlungsleiter - Name und Vorname, Anschrift, Telefonnummer

#### 4. Empfänger (Art. 13 Abs. 1 lit. e DSGVO)

##### **Intern**

- Innerhalb des Ordnungsamtes erfolgt die Sachbearbeitung im Bereich Sicherheit und Ordnung.

##### **Extern**

- Von der Stadt eingesetzte Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO) insbesondere im Bereich IT-Dienstleistungen, Logistik- und Druckdienstleistungen, die Ihre Daten weisungsgebunden für uns verarbeiten.

- ggf. Informierung der Polizei

#### 5. Übermittlung an Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Es erfolgt keine Datenübermittlung an ein Drittland.

#### 6. Dauer der Speicherung (Art. 13 Abs. 2 lit. a DSGVO)

Die Daten werden so lange gespeichert, wie dies für die Aufgabenerfüllung der Sachbearbeitung erforderlich ist oder ggf. darüber hinaus eine Verpflichtung zur Aufbewahrung besteht (gesetzliche Aufbewahrungsfristen). Auf der Antragsplattform sind die Daten 30 Tage hinterlegt.

#### 7. Betroffenenrechte (Art. 13 Abs. 2 lit. b DSGVO)

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutzgrundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf **Auskunft** über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DSGVO)
- Recht auf **Berichtigung**, soweit die betreffenden Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DSGVO)
- Recht auf **Löschung** der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DSGVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DSGVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historische und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf **Einschränkung der Verarbeitung**, insbesondere soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit, wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt, wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. DSGVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen des Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf **Widerspruch** gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, dass die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen (Art. 21 DSGVO) dient.

## 8. Beschwerderecht (Art. 13 Abs. 2 lit. d DSGVO)

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim **Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz**, wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

Die Kontaktdaten sind:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz

Tel.: 06131 / 89200

E-Mail: [poststelle\(at\)datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)